



**Dietrich W. Thielenhaus**

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

## SHK-Hot-Spots

- Die deutsche Wirtschaft ist dabei, sich schrittweise zu erholen. So ist der ifo-Geschäftsklimaindex im September den fünften Monat in Folge gestiegen. Für das dritte Quartal rechnet ifo mit einem Plus von 6,6 %, für das Gesamtjahr 2020 mit einem Minus um 5 bis 6 %.
- Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe hat im Juni – gegenüber dem Vormonat – um kalenderbereinigt 12,4 % zugelegt. Diese Entwicklung ist stark von Großaufträgen beeinflusst worden.
- Im ersten Halbjahr 2020 wuchs die Zahl der Baugenehmigungen um 5,6 %. Im Juni explodierten die Genehmigungen – gegenüber dem Vorjahresmonat – um 22,4 %. Die Genehmigungen von Zweifamilienhäusern stiegen um 27,3 %, von Mehrfamilienhäusern um 24,1 % und von Einfamilienhäusern um 16,9 %.
- Die Zinsen für Bankkredite mit zehnjähriger Zinsbindung lagen im September bei durchschnittlich 0,67 %. Bei zwanzigjähriger Zinsbindung werden aktuell durchschnittlich 1,13 % berechnet. Die historischen Tiefstände aus dem Corona-Lockdown im März werden inzwischen wieder erreicht. Hauptsächlich dafür dürfte die extrem lockere Geldpolitik der EZB sein. Fachleute gehen davon aus, dass sich die Zinsen weiter auf dem Niedrigstniveau bewegen werden. Erst wenn ein Impfstoff verfügbar ist, rechnet man mit einem leichten Zinsanstieg.
- Die deutschen Baumärkte konnten ihre Umsätze im ersten Halbjahr um 15,6 % steigern. Hier hat die Corona-Pandemie kräftigen Rückenwind ausgelöst.
- DG Haustechnik meldet für das erste Halbjahr ein Umsatzplus von 4,5 %. Heizung legte um 6,2 % zu, Installationsartikel um 4,2 % und sanitäre Produkte vor der Wand um 2 %. Im Juni wurde – gegenüber dem Vorjahresmonat – ein Wachstum um ungewöhnlich starke 19 % verbucht, was – unter Berücksichtigung der beiden Mehrtage – einem kalenderbereinigten Plus von etwa 10 % entspricht.

## Marktwirtschaft unter Druck

Die Pandemie birgt die Gefahr, dass sich Deutschland noch weiter von den marktwirtschaftlichen Grundlagen und Zielen entfernt. Schon heute gibt es eigentlich keine Partei mehr, die – jenseits von Sonntagsreden – offensiv und glaubwürdig für die bewährten Konzepte von Ludwig Erhard eintritt. Dabei wäre ein neues 'Wirtschaftswunder 4.0' das mit Abstand beste Rezept für die ökonomische Bewältigung der Corona-Krise. Dieses Land braucht keinen schleichenden Übergang zur Planwirtschaft, sondern die Stärkung der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Unterlassung kontraproduktiver Eingriffe durch die Politik.

## Im Namen von Corona

Die Pandemie wird von ganz unterschiedlichen Akteuren zunehmend als Alibi oder Deckmantel für die Durchsetzung weltanschaulicher Ziele und parteipolitischer Interessen missbraucht. Immer mehr Strippenzieher wollen offenbar die Gunst der Stunde und den psychologischen Freiraum der allgemeinen Bedrohungslage für die ‚unauffällige‘ Durchsetzung ideologischer Intentionen nutzen. Als Generallinie erkennbar ist: mehr Staat – weniger Marktwirtschaft, mehr Umverteilung – weniger Eigenverantwortung, mehr Bevormundung – weniger Freiheit. Für Demokraten besorgnis-

erregend ist der kaum verbrämte Anspruch, die Menschen notfalls zu ihrem Glück zwingen zu dürfen. Zu verhindern ist, dass die Krisenbewältigung überleitet in dauerhaften Dirigismus und partielle Unfreiheit. Anderenfalls könnte sich die neue Normalität massiv unterscheiden von der vor Corona gewohnten Lebensqualität.

## Wie im Selbstbedienungsladen

Das Verrechnungssystem Target2 hat sich zu einer im Ernstfall existenziellen Hypothek für den Standort Deutschland entwickelt. Von der Öffentlichkeit unbemerkt und von den Medien weitestgehend negiert sind die Forderungen der Bundesbank gegenüber der EZB im August auf einen Rekordstand von 1,056 Billionen Euro gestiegen. Schon seit Jahren ist die Bundesbank der größte Gläubiger, während Italien und Spanien die größten Schuldner sind. Allein Italien hat mittlerweile für 523 Mrd. Euro – wie in einem Selbstbedienungsladen – anschreiben lassen. Target2-Schulden werden erstaunlicherweise weder befristet, verzinst noch abgesichert. Diesen fatalen Missstand scheint man bei der Konzeption des Systems 'übersehen' zu haben. Dabei könnte Italien beispielsweise seine erheblichen Goldreserven als Sicherheit einbringen. Kritiker haben dieses ungewöhnliche System als Kreditkarte zulasten der Gläubigerländer und als tickende Zeitbombe bezeichnet. Es besteht die Gefahr, dass die Bundesbank ihre Forderungen abschreiben muss, falls ein Land aus dem Euro aussteigen oder der Währungsraum auseinanderbrechen sollte. Man darf davon ausgehen, dass Art und Dimension der mit Target2 verbundenen Risiken den meisten Volksvertretern nicht annähernd bewusst sind. Die schlichte Erkenntnis, dass im Ernstfall über das dreifache Volumen des Bundeshaushalts im Feuer stehen würden, wird allgemein verdrängt. Bisher sind keinerlei Initiativen der Bundesregierung bekannt geworden, durch eine Änderung der Target2-Spielregeln zu retten, was hier noch zu retten ist.

## Verlass auf den Rechtsstaat

Die Unternehmen sind gerade in Krisenzeiten auf einen verlässlichen Rechtsstaat angewiesen. Sie müssen sich – wie jeder Bürger – darauf verlassen können, dass geltendes Recht nicht aus Opportunitätsgründen eingeschränkt oder ganz außer Kraft gesetzt wird. Das Land braucht die Rückbesinnung auf die übergeordnete Verbindlichkeit des Rechts für jegliches Regierungshandeln, auch und gerade in Ausnahmesituationen wie der unkontrollierten Migration, der Euro-Rettung, der Corona-Pandemie und zukünftig nicht ausschließbaren Finanzkrisen.

## Unternehmer und Politik

Die Erwartungen vieler Mittelständler an die Politik halten sich in Grenzen. Man wäre mittlerweile auch für eigentlich selbstverständliches Regierungshandeln dankbar. Gerade die Familienunternehmen, die ja nach allgemeiner Lesart das Rückgrat der Volkswirtschaft bilden, sollten allerdings nicht vermehrt regierungsamtlicher Frustration und Demotivierung etwa durch Androhung von Steuererhöhungen ausgesetzt werden. Hilfreich wäre auch etwas mehr Anerkennung bei Regierungen, Parteien und Verwaltungen für die aktuellen Sachzwänge, Nöte und Belastungen der Betriebe – und das eben nicht nur als rhetorische Pflichtübung an Sonntagen.